

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 7. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/007/2015)

am Dienstag, 25. August 2015,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Anwesend:Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg
 Dr. Helfried Reuther
 Tina Siebeneicher
 Vincent Drews
 Jens Genschmar

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Maria Elena Domingo San Juan
 German Levenfus
 Rustam Maks
 Dr. Asad Mamedow
 Dr. Md Shahinur Rahman
 Dr. Juri Tsoglin
 Viktor Vincze
 Yujie Yao

Stellvertretende Mitglieder

Andreas Naumann

Vertretung für Frau Kerstin Wagner (ab 18:00 Uhr)

Abwesend:stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Hans-Jürgen Muskulus
 Kerstin Wagner
 Jens Hoffsommer
 Dr. Sven Dirks

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui entschuldigt
 Halyna Yefremova

Verwaltung:

Herr Fischbach
 Frau Winkler
 Frau Scholz

Büro der Oberbürgermeisterin
 Integrations- und Ausländerbeauftragte
 GB 5, Sozialamt

Herr Mann

GB 6, Stadtplanungsamt

Gäste:

Frau Hanig

Ausländerrat Dresden e. V.

Frau Bayer

Ausländerrat Dresden e. V.

Frau Lindner

Frau Dr. Preusser-Franke

Jüdischer FrauenVerein Dresden e. V.

Frau Florczyk

Jüdischer FrauenVerein Dresden e. V.

Herr Kreuzberg

Paritätischer Landesverband Sachsen e. V.

Jan Pratzka

Jobcenter Dresden

Frau Frohwieser

Stadträtin der SPD-Fraktion

Schriftführer/-in:

Frau Richter

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G**Öffentlich**

- 1** Arbeitsgelegenheiten und gemeinnützige Tätigkeiten (1-Euro-Job)

- 2** Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus (LHP Toleranz) über 2015 hinaus **V0450/15
beratend**

- 3** Bebauungsplan Nr. 3002, Dresden-Altstadt II Nr. 26, Parkhaus Pfortenhauerstraße **V0477/15
beratend**

hier:
1. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
2. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
3. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan

- 4** Informationen/Sonstiges

öffentlich

Der Vorsitzende des Integrations- und Ausländerbeirates, **Herr Dr. Jinah**, eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit bei zehn anwesenden Mitgliedern sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums fest.

Zur Tagesordnung besteht Einvernehmen.

1 Arbeitsgelegenheiten und gemeinnützige Tätigkeiten (1-Euro-Job)

Herr Pratzka, Geschäftsführer des Dresdner Jobcenters, gibt zunächst eine kurze Einführung.

- Jobcenter (JC) Dresden (DD) betreue 35.500 erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 15 Jahren und Rentenalter (Arbeit von mindestens 15 h/Woche möglich), davon etwa 16.000 im SGB II
- Kontinuierlicher Rückgang der Zahl der Leistungsberechtigten im JC DD, aktuell ./ 3,93 % gegenüber Vorjahr durch positive wirtschaftliche Entwicklung am Arbeitsmarkt
- da sich Gelder der JC für Eingliederungsleistungen nach Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten richten, sinken Anteile des JCs DD am Eingliederungsbudget
- Ziel des JCs: Integration in Arbeit stärken -> wichtiger gesetzlich fixierter Schwerpunkt: Chancen am 1. Arbeitsmarkt (AM)
- Juli 2015: 16.597 Arbeitslose registriert -> ./ 0,8 % gegenüber Vorjahr
Zahl der Langzeitarbeitslosen (1 Jahr und länger arbeitslos): 7.340 - ./ 4,2 % gegenüber Vorjahr
- JC hat aktives Fallmanagement, Sonderprogramm 50+ sowie Arbeitsgelegenheiten (AGH)
- AGH im SGB II nicht mit AGH für Asylbewerber vergleichbar, im SGB II hat 1. AM Vorrang, erst wenn das nicht möglich -> 2. AM
- AGH dienen Zweck, Langzeitarbeitslose zu stabilisieren und Integrationsfortschritte zu bringen -> ist letztes Mittel im Integrationsprozess, dem Prüfung von Weiterbildung oder Eingliederungszuschuss vorausgeht
- mit AGH nach SGB II auch Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund
- nach Mittelreduzierung nach Revisionsplanung fördert JC DD in 2015 1.168 Plätze AGH mit Summe von 4,5 Mio. EUR, von gesamt 29 Mio. EUR im Eingliederungstitel
- eine Reihe von Maßnahmen direkt und indirekt für Migranten gedacht, auch in zahlreichen anderen Maßnahmen seien einzelne Migranten beteiligt
- Beispiele: Sozialwerkstätten 78 Teilnehmer, Möbelservice 42 Teilnehmer, Infopunkte und Schreibfrauen 22 Teilnehmer, Suppenküchen 36 Teilnehmer
- JC plane seinen Gesamthaushalt auf Basis der Meldung der Träger, darin enthalten Personalkosten, Mietkosten, Einkaufskosten etc.
- 2015 höhere Kosten aufgrund Erhöhung Personalkosten über die Meldungen der Träger hinaus -> Folge: nötige Planungsrevision mit Einsparung von 1 Mio. EUR im Verwaltungshaushalt (VvHH) und knappe 1 Mio. EUR im Eingliederungstitel
-> eine ungeplante Zuteilung im VvHH für alle Jobcenter konnte zugunsten des Eingliederungstitels verbucht werden)

- alle Maßnahmen der Prioritäten 1, 2 und 3 würden gefördert, die den Leistungsempfängern indirekt wieder zugutekommen (Möbelwerkstätten, Suppenküchen, Alkoholiker, psychisch Kranke)
- Leistungsangebote, die Werkstattmaßnahmen seien, und Maßnahmen der Teilnehmer mit Gruppencharakter würden gefördert
- Maßnahmen der Priorität 4 könnten mit derzeitigem Haushaltsvolumen nicht gefördert werden
- JC DD habe sich gemeinsam mit Partnern beim Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ für 100 JC beworben (habe alle Bedingungen erfüllt) -> bedauerlicherweise keinen Zuschlag erhalten -> sinkende Zahl der Langzeitleistungsbezieher in DD (./. 4,3 % gegenüber dem Vorjahr) könnte Grund sein (in Deutschland im Durchschnitt ./.. 0,9 % gegenüber dem Vorjahr)
- auch für das nächste Jahr Schwerpunktsetzung auf AGH aufgrund der Fakten/Statistiken
- von den 35.500 erwerbsfähigen Leistungsempfängern des JC DD 4.048 Ausländer = 11,3 % = + 7,5 % gegenüber dem Vorjahr (davon 2.072 aus Europa und davon 911 aus der EU),
Arbeitsaufnahme dieser Personengruppe + 22,7 % gegenüber dem Vorjahr, seit Jahresbeginn 503
- Schwerpunkte des Jobcenters sind nicht 2. AM und AGH
- Bund habe Schwerpunkte für 2016 auf Herausforderung durch Zuwanderung, Flucht und Asylbewältigung gesetzt -> JC soll Teil der Willkommenskultur sein, gerade für den Arbeitsmarkt
- JC wolle unter Asylbewerbern und ausländischen Arbeitssuchenden (wie von jedem anderen Arbeitssuchenden auch) frühzeitig Potenziale herausfinden, Sprachkenntnisse feststellen, Leistungen Dritter vermitteln, Vorerfahrungen herausfinden, Berufsabschlüsse feststellen und Prüfung Anerkennung der Abschlüsse, Unterstützung für schnelle Integration und Aufnahme einer Beschäftigung
- in 2015 hat sich JC mit Migrationsberatungsstellen zu verschiedenen Themen abgestimmt, um gute Dienstleistung des JC zu bieten
- Einkauf neuer Maßnahmen für Asylbewerber
- Kooperation mit Geschäftsbereich Soziales der LH DD, IQ-Netzwerken, Anerkennungsberatung, um Zugang gut und abgestimmt zu ermöglichen
- zurzeit wird an Verbesserung der Kompetenzfeststellung übergreifend gearbeitet -> Produkt „Mein Ordner“, wo alle Unterlagen der Person gebündelt wird, um Arbeit der Vermittler etc. zu erleichtern
- zu AGH für Asylbewerber enge Kooperation mit LH DD -> AGH nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- JC legt Schwerpunkt bei ausländischen erwerbsfähigen Leistungsempfängern auf berufliche Integration in 1. AM
- im kommenden Jahr stehe weniger Geld zur Verfügung
- wenn eine Maßnahme nicht gefördert werde oder gefördert werden könne, bedeutet das keine Kritik am Träger oder am Maßnahmeninhalte etc. -> wird geschaut, was gebraucht werde und wer Voraussetzungen erfülle
- wird schwerer, AGH wegen neuer gesetzlicher Regelung zu besetzen und teilweise hohe Anforderungen der Träger, Bewerber dürfen in letzten 5 Jahren maximal 2 Jahre in AGH gewesen sein, damit Potenzial der Bewerber geringer

Herr Dr. Jinah trägt eine Frage vor, die durch eine Zuschauerin an ihn herangetragen worden sei: Welche Chancen bestehen für Dresdner Vereine ihre 1-Euro-Jobs weiterführen zu können?

Herr Pratzka:

- 2015: 1.168 Plätze AGH
- Frage schwierig zu beantworten, einzelner Verein solle sich an entsprechendes Team im JC wenden
- Zahl der AGH wird künftig weiter zurückgehen, weil sowohl Kunden als auch finanzielle Mittel sinken
- Fokus werde auf Maßnahmen, die die bedürftigsten Kunden betreffen, gesetzt, z. B. Suchtmaßnahmen, Werkstattmaßnahmen und Maßnahmen, die indirekt wieder den Kunden zugutekommen (z. B. Möbeldienste)

Herr Pratzka erklärt auf die Feststellung von **Herrn Levenfus**, dass nur bei ca. 70 % der Mitarbeiter des JC deren Name ersichtlich sei, dass im Regelfall der Name des Gegenübers an der Tür und auf dem Schreibtisch zu lesen sei. Er nimmt den Wunsch Herrn Levenfus auf, dass auch in der Eingangszone Namen getragen werden.

Die Feststellung von **Herrn Levenfus** zur Erhöhung der Bearbeitungszeiten bestätigt **Herr Pratzka**. Diese seien zwischenzeitlich allerdings schon wieder deutlich gesenkt worden. Im vergangenen Jahr sei eine neue Software eingeführt worden, in die alle Leistungsfälle händisch übernommen werden mussten, weshalb sich die Bearbeitung verzögert habe. Die Regelbearbeitungszeit betrage 2 Wochen (Ausnahme schwierige Fälle).

Herr Vincze bemerkt, dass **Herr Pratzka** nur über die erwerbsfähigen Leistungsempfänger gesprochen habe. Die Zahl der Arbeitssuchenden sei größer. Darunter fielen auch Flüchtlinge nach der Wartezeit von 3 Monaten. Er fragt nach möglichen AGH für diese Personen. Weiter sei für die Integration die Sprache wichtig. Die Richtlinie für Sprache finde frühestens Mitte 2016 Anwendung. Er fragt nach den Möglichkeiten, dass die Flüchtlinge in der Zwischenzeit sprachliche Grundlagen erwerben können.

Das JC kümmere sich um die AGH für seine Kunden, so **Herr Pratzka**. Dazu gebe es Kooperationen, z. B. mit dem Sozialamt. Die Leistung einer Sprachförderung in Bezug „Deutsch als Fremdsprache“ bis zu einem Niveau, die für eine berufliche Weiterbildung nötig sei, könne das JC nicht anbieten. Dies sei selbst für das JC ein Problem. Aus Sicht des JC sei es ein ganz wichtiger politischer Punkt, dass Bund und Land für ausreichende Sprachförderung sorgen. Ansonsten habe das JC keine Chance, jemanden eine Weiterbildung, wo er die Sprache beherrschen müsse, erfolgreich abschließen zu lassen. Auch Arbeitgeber erwarten, dass ein Arbeitnehmer kommunizieren könne.

Denjenigen, die für die Leistung sorgen, müsse klar sein, dass sie die Leistungsvoraussetzungen schaffen müssen, nicht nur für den Arbeitsmarktzugang, sondern sie müssen die Voraussetzung für die Förderleistung schaffen, und sie müssten das Geld dafür zur Verfügung stellen.

Herr Dr. Tsoglin berichtet aus seiner Erfahrung, dass sein Verein die AGH genutzt habe, um Personen wieder in den 1. AM zu integrieren, was auch gut gelungen sei.

Herr Pratzka stellt klar, dass Maßnahmen, die in den 1. AM führen (Weiterbildung, Qualifizierung, Eingliederungszuschüsse bei Arbeitgebern mit einer Nachbeschäftigungspflicht für den Arbeitgeber, Maßnahmen bei Träger (Bewerbungstraining, Kompetenzfeststellung, Probearbeiten bei Arbeitgebern), Vorrang haben. Dies sei auch gesetzlich fixiert.

AGH habe nicht vorrangig den Zweck, in den 1. AM zu gehen, sondern es gehe um Stabilisierung, Tagesstrukturen, soziales Kompetenzen etc. Das JC untersuche die Wirkung seiner Maßnahmen. Maßnahmen, die am 1. AM ausgerichtet seien, seien nachweislich erfolgreicher. Die Wirkung von AGH sei negativ. Dieser Teilnehmer habe geringere Chancen, als der, der nicht in einer AGH gewesen sei. Die AGH würden deshalb bewusst auf die Personen konzentriert, die die größte Unterstützung brauchen.

Das JC habe keine Möglichkeit, Vereine als Träger direkt zu unterstützen. Es würden nur die Kunden unterstützt. Danach suche das JC die Prioritäten für die Maßnahmen aus. Dass indirekt der Verein als Träger der Maßnahme unterstützt worden sei, sei ein Nebeneffekt.

Zur Frage von **Frau Stadträtin Malberg**, in welcher Größenordnung die Widersprüche im letzten Jahr zurückgegangen seien, gibt **Herr Pratzka** folgende Information:

2013	1100 bis 1200 Widersprüche/Monat
aktuell	700 bis 800 Widersprüche/Monat

Ziel sei weiterhin der Rückgang der Widersprüche. Ein Grund für die zurückgehenden Zahlen sei die Stärkung des Leistungsbereichs. So seien die Beratungszeiten bei der Antragsannahme ausgebaut und terminiert worden.

Frau Winkler erkundigt sich, welche Maßnahmen für die anerkannten Asylbewerber, die unter das SGB II fallen, vom JC eingekauft würden.

Dabei handle sich um ein Pilotprojekt, so **Herr Pratzka**, welches darauf abziele, schnell die sprachlichen und beruflichen Kompetenzen der Teilnehmer festzustellen. Dieses erfolge gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und mit den meisten Agenturen für Arbeit und Jobcentern auch im nächsten Jahr.

Herr Dr. Mamedow spricht die Sanktionen an, wenn die Leistungsempfänger nicht an der AGH teilnehmen und fragt, wie hoch der Anteil derjenigen sei, denen die Leistungen gekürzt worden seien, und wie hoch der Anteil der Migranten/Migrantinnen sei.

Herr Pratzka kann das nicht genau sagen und verweist auf die abrufbaren Informationen im Internet. Etwa 96 bis 97 % hätten keine Sanktionen. Menschen mit Migrationshintergrund würden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen. In der Mehrzahl handle es sich um Melde-/ Terminversäumnisse.

Frau Siebeneicher interessiert:

- Wie viele AGH habe das JC für 2015 ursprünglich geplant?
- Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund seien von Reduzierung betroffen?
- Wie viele AGH liegen im Bereich der Asylbewerber?

Herr Pratzka antwortet:

- Knapp 1.400 AGH in 2015 geplant -> 1.168 AGH werden durchgeführt
- Zahl der Migranten schwierig festzustellen, in vielen Maßnahmen Migranten direkt oder indirekt dabei
- unter weggefallenen Maßnahmen auch Träger, die ausschließlich für Migranten gearbeitet haben, was er bedauert, jedoch entscheide bei Auswahl die Priorität der Maßnahme
- zu Maßnahmen für Asylbewerber verweist er auf das Sozialamt, weil dieser Leistungsbereich nicht beim JC angesiedelt sei

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** dankt Herrn Pratzka für sein Kommen und schließt den Tagesordnungspunkt.

2	Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus (LHP Toleranz) über 2015 hinaus	V0450/15 beratend
----------	--	------------------------------

Herr Fischbach bringt die Vorlage ein, deren Inhalt er bereits in der vorherigen Sitzung des Beirates umrissen hat.

Auf die Anregung von **Herrn Dr. Tsoglin**, über Mikroprojekte auch mit Schulen zusammenzuarbeiten, bestätigt **Herr Fischbach**, dass bereits mit Fördervereinen von Schulen zusammengearbeitet werde (Toleranztage, Projekte von Regelschulen gemeinsam mit behinderten Kindern etc.). Über die Mikroprojekte seien bereits viele kleine Projekte gefördert worden, sodass man ihnen offen gegenüber stehe.

Allerdings seien auch große Projekte nötig, wie der „Internationalen Frauentreff“ oder „Der Ball ist rund“, die auf andere Zielgruppen setzen. Deswegen sei ein Nebeneinander von kleinen und großen Projekten wichtig.

Herr Stadtrat Genschmar hat oft festgestellt, gerade in der laufenden Asyldiskussion, dass Vereine wie „Laubegast ist bunt“ die Fehlpolitik der Stadt, des Landes und des Bundes „wegräumen“ müssten. Er kritisiert die verspätete Information, sodass Informationsdefizite, u. a. bei den ehrenamtlichen Helfern, hervorgerufen werden. So sollten auf der Heidenauer Straße am 30.09.2015 Asylbewerber untergebracht werden. Dazu sei wohl geplant, am 28.09.2015 die Öffentlichkeit vor Ort mit einem Brief zu informieren. Er fragt, warum die Information nicht schon jetzt gegeben werde, damit sich die Helfer darauf einstellen könnten.

Herr Fischbach teilt aus seiner Sicht mit, sobald Maßnahmen bekannt werden, werde dies auch kommuniziert. Er nimmt die Kritik von Herrn Stadtrat Genschmar mit, da er ad hoc dazu kein Statement abgeben könne. Der 1. Bürgermeister habe die Informationspolitik der Stadt weiter nach vorn gebracht (Information im Internet, über eine Hotline u. a. Wege). Gleichzeitig weist er darauf hin, dass Vieles möglich wäre, jedoch dafür auch Personal und Geld benötigt werden.

Frau Scholz informiert seitens des Sozialamtes, dass am 28.09.2015 zu einer Bürgerinformation in Form eines Dialoges eingeladen werde. Die Pressemitteilung erfolge zeitnah. Am 30.09.2015 werde eine Bürgerveranstaltung stattfinden. Sie verweist auf die bisherige Praxis, die Bürger rechtzeitig zu informieren, wie beim „Tag der offenen Tür“ etc.

Herr Fischbach ergänzt, dass sich die Zuweisungszahlen täglich veränderten und Prognosen stetig stiegen. Die Mitarbeiter tun ihr Bestes in dieser schwierigen Situation im Rahmen der Möglichkeiten (personell und finanziell).

Herr Fischbach antwortet auf Nachfragen aus dem Kreis der Mitglieder:

Zu den Fragen von Herrn Stadtrat Drews:

- Zukunftskonferenz solle etwa sechs Wochen nach dem Ratsbeschluss stattfinden, schätzungsweise Ende Oktober 2015
- müssten noch technisch organisatorische Dinge abgestimmt werden
- wenn Klärung erfolgt, werde Information zur Konferenz zeitnah gegeben
- Träger würden soweit möglich über Netzwerke vorinformiert
- Ergebnisse der Konferenz würden aufbereitet
- Ziel sei, den Stadtrat bis Ende Dezember 2015 zu informieren
- finale Entscheidung solle vor Diskussion über nächsten Doppelhaushalt getroffen werden

Zu den Fragen von Herrn Dr. Mamedow:

- alle Projekte, welche kommunal finanziert seien und die Anträge und deren Bewilligung über den Begleitausschuss gelaufen seien, konnten etwa zwei Wochen nach Freigabe des Haushaltes abgearbeitet und bewilligt werden
- Fördermittelbescheid des Bundes zum Ende Mai 2015 und des Landes im Juni 2015 ergangen
- Maßnahmen aus diesen Mitteln konnten erst danach gefördert werden
- sobald Kosten- und Finanzierungspläne angepasst seien, dauere Mittelbereitstellung etwa ein bis zwei Wochen
- in Einzelfällen könnten Träger ihr Projekt mit verringerten Budget nicht durchführen, so dass diese Mittel an andere Projekte vergeben werden

Zur den Fragen von Herrn Maks:

- Programm weit formuliert
- aufgrund der Ergebnisse der 1. Konferenz sei Programm operationalisiert worden
- inzwischen vier Kriterien fixiert: es muss Maßnahme für Weltoffenheit, Toleranz, Demokratie und Gesellschaft sein
- sollen damit möglichst viele Träger und Projekte erreicht werden
- nun werde neuer Weg gegangen und neues Programm geschrieben
- ist davon auszugehen, dass Träger ihre Belange auch weiter einbringen werden
- hofft auf bessere Kategorisierung, Abgrenzung und Klarstellung, um Arbeit des Begleitausschusses zu erleichtern, auch weil eine Erhöhung der Mittel nicht zu erwarten sei
- für Synergieeffekte (um Personen, Projekte etc. aufeinander aufmerksam zu machen) sei die Stadtverwaltung mit der Fachstelle bei der Projektschmiede da und stelle die Verbindung her
- Ziel sei, insbesondere Träger und Projekte zu fördern, die auch künftig bestehen werden und/oder die mit Drittmitteln arbeiten

- über die Fachstelle könnten auch Ideen weitergegeben werden oder wenn man auch auf Projektmittel anderer zugreifen wolle (wie bereits angeschaffte Dinge, die wiederverwendet werden)
- auch wenn Projekt an sich beendet sei, werde es weitergeführt (z. B. bei Ausstellungen)

Zu den Fragen von Frau Siebeneicher:

- erfolgt bezüglich der Einladungen zur Zukunftskonferenz auch Abstimmung mit Frau Winkler, um Zielgruppen zu erreichen, die bisher noch nicht involviert worden seien
- breite Beteiligung hat zwei Phasen:
 - Workshop des Kongresses
 - Vorlage wird an alle Gremien (auch Ortsbeiräte und Ortschaftsräte) gegeben
- Zeitplan knapp
- hofft mit Moderation der Projektschmiede auf kurzes, knappes, prägnantes Handlungskonzept
- Gremien werden mit eingeladen und können zu Gewichtung der Kriterien Vorschlag unterbreiten
- Verwaltung möchte Handlungsfelder nicht aufgeben, und man dürfe sich bei Schwerpunktsetzung nicht von Tagesereignissen leiten lassen
- sei strategisches Papier, welches über Jahre bereits angewandt werde
-> dürfe nicht nur in einem Bereich Schwerpunkt gesetzt werden
- über Letzteres in Konferenz sprechen

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** bringt den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend tätig.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung Ja 11 / Nein 0 / Enthaltung 3

3	Bebauungsplan Nr. 3002, Dresden-Altstadt II Nr. 26, Parkhaus Pfothenhauerstraße	V0477/15 beratend
----------	--	------------------------------

hier:

- 1. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan**
- 2. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf**
- 3. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan**

Herr Mann, Stadtplanungsamt, bringt die Vorlage anhand einer Präsentation (Anlage zur Niederschrift) ein.

Herr Stadtrat Dr. Jinah fragt, ob der Verein „Internationale Gärten“ e. V. gewillt sei, die Fläche zur Verfügung zu stellen.

Darauf berichtet **Herr Mann**, dass die Gespräche zwischen dem Verein und dem Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft (ASA) geführt würden. Das Stadtplanungsamt wiederum stehe mit dem ASA in engem Kontakt. Das ASA habe übermittelt, dass der Verein grundsätzlich gern dort bleiben würde, wo er jetzt sei. Gleichwohl würde auch die angebotene Ersatzfläche akzeptiert, wenn ein Verbleib nicht möglich sei. In der Johannstadt sei es schwer, freie Flächen zu finden, da die augenscheinlich wahrgenommenen Brachen privates Eigentum seien, sodass man froh sei, diese Ersatzfläche bieten zu können.

Frau Winkler bestätigt die Information, die ihr der Vereinsvorstand während des Sommerfestes des Vereines ebenso gegeben habe.

Nach der Beantwortung von Verständnisfragen schließt der Beiratsvorsitzende **Dr. Jinah** die Beratung zu der Vorlage und stellt deren Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Der Integrations- und Ausländerbeirat ist beratend tätig.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung Ja 8 / Nein 0 / Enthaltung 4

4 Informationen/Sonstiges

1. Informationen der Verwaltung

Aktivitäten zur Gesundheitskarte

Frau Scholz übergibt den Mitgliedern eine Vorlage des Sächsischen Landkreistages vom 19.08.2015. Diese beinhalte a) das Gespräch mit Vertretern der AOK Sachsen zur Einführung einer Gesundheitskarte für Berechtigte nach AsylbLG sowie b) das Gespräch mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (KVS) zum Rahmenvertrag über die Abrechnung vertragsärztlicher Leistungen für Berechtigte nach AsylbLG.

Zu a) Gespräch am 12.08.2015

Die AOK Sachsen strebe einen Rahmenvertrag an, an dem sich alle Unterbringungsbehörden beteiligen und dem Vertrag beitreten. Sie möchte keine Einschränkung der Leistungen (§ 3 AsylbLG), sondern gleiche Leistungen wie für deutsche Krankenversicherte. Sie sei nicht interessiert, Verträge mit einzelnen Kommunen abzuschließen. Es werde eine hohe Verwaltungspauschale von den Kommunen erhoben (5 bis 7 % der Gesamtleistung).

Parallel habe die Landeshauptstadt Dresden am 29.07.2015 entsprechend dem Stadtratsbeschluss bei der AOK vorgeschlagen, um den Vertrag individuell abzuschließen. Die AOK Sachsen wolle mit der Stadt keinen Einzelvertrag, sondern einen Rahmenvertrag abschließen.

Ein erneutes Gespräch zwischen der AOK Sachsen und den kommunalen Spitzenverbänden sei für den 09.09.2015 anberaumt. Von dem Gesprächsergebnis sei das weitere Vorgehen abhängig. Grundsätzlich stehe die AOK Bremen auch anderen Kommunen in der Angelegenheit offen, die bereits für die Stadtstaaten Bremen und Hamburg eine Gesundheitskarte für diesen Personenkreis eingeführt haben. Wenn die AOK Sachsen dazu weiter nicht bereit sei, werde man sich zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses an die AOK Bremen wenden.

Zu b) Gespräch am 14.08.2015

Das Gespräch mit der KVS betreffe Dresden nicht akut, da die Landeshauptstadt bereits einen langjährigen Vertrag mit der KVS habe, nach dem abgerechnet werde. Gleichwohl würde die Stadt, wenn der Rahmenvertrag zustande komme, diesem beitreten.

Frau Winkler berichtet von der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten im Mai 2015. Der Hamburger Referatsleiter, der die Gesundheitskarte in Hamburg eingeführt habe, habe dort über seine Erfahrungen berichtet. Er habe bestätigt, dass die dafür einzig bundesweit offene Krankenkasse die AOK Bremen sei. Sie sei offen, kooperativ, partnerschaftlich und habe faire Konditionen. Er habe sehr detailliert die Kostenfrage dargelegt. Hamburg habe die Gesundheitskarte zum 01.07. eingeführt. Der Vergleich des ersten und zweiten Halbjahres habe im Durchschnitt eine Differenz von nur 2 Euro pro Person ergeben. Das sei aber nicht auf eine höhere Inanspruchnahme zurückzuführen, sondern es gebe auch Personen, deren Behandlung sehr teuer sei. Ferner seien Kostensteigerungen im Gesundheitswesen zur berücksichtigen. Er habe auch klare Aussagen zu Detailfragen gehabt. Deswegen wundern Frau Winkler die Aussagen der AOK Sachsen und sie rät, mit Hamburg in Verbindung zu treten.

Prognose zugewiesener Flüchtlinge

Frau Scholz informiert, dass die Prognose des Freistaates zur Zahl der Erstzuweisungen noch nicht eingegangen sei. Das stelle die Landeshauptstadt Dresden vor eine große Herausforderung, Unterkünfte zu schaffen.

Erstzuweisungen im Juli 2015

Frau Scholz berichtet, dass einmal 91 und einmal 99 Personen aufgenommen worden seien. Die Anzahl der syrischen Flüchtlinge habe zugenommen. Die Zahl der Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien sei gleich geblieben. Afghanen seien verstärkt nach Dresden zugewiesen worden. Die Zahl der zugewiesenen Familien sei zurückgegangen.

Sie sagt zu, die detaillierte Übersicht nachzureichen.

Frau Stadträtin Malberg berichtet, dass sie erfahren habe, dass sehr viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ankommen sollen.

Das bestätigt **Frau Scholz**. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kommen schon jetzt nach Deutschland. Seitens der Bundesregierung habe man einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, wonach diese auch nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden sollen. Diese würden dann nach SGB VIII versorgt, was die Wirtschaftlichen Hilfen hinsichtlich der finanziellen Aufwendungen steigen lasse. Das Jugendamt suche nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten, weil der Kinder- und Jugendnotdienst das nicht leisten könne.

Frau Winkler ergänzt, dass seit Bestehen der Erstaufnahmeeinrichtung in Dresden ein Anstieg von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu verzeichnen sei, die dort eigentlich nicht sein sollten. Sobald das festgestellt werde, kommen sie in den Notdienst. Derzeit befinden sich dort etwa 13 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Im gesamten vergangenen Jahr seien es 30 unbegleitete Minderjährige gewesen.

Wenn die Verteilung im nächsten Jahr nach dem Königsteiner Schlüssel erfolge, sei mit einem Anstieg dieser Zahl zu rechnen.

Die Frage von **Frau Siebeneicher**, ob das Sozialamt bei der Erarbeitung eines Konzeptes des Jugendamtes zur Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge einbezogen sei, verneint **Frau Scholz**, da das Sozialamt dafür nicht zuständig sei.

Frau Winkler informiert, dass das Jugendamt im Juni 2015 zahlreiche Partner zu einem Workshop geladen habe. Gegenstand sei auch die Thematik der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gewesen (Unterbringung, Integration etc.). Sie schlägt vor, zur nächsten Sitzung dazu den Jugendamtsleiter, Herrn Lippmann, einzuladen.

Frau Stadträtin Malberg stellt fest, dass die Gelder für Hilfen zur Erziehung bereits jetzt stark angestiegen seien. Die Landeshauptstadt Dresden als Untere Unterbringungsbehörde sei für die Unterbringung von Asylbewerbern in der Pflicht. Bei den minderjährigen Flüchtlingen handle es sich doch auch um Asylbewerber. Demzufolge sei doch der Freistaat wesentlich mehr in der Pflicht. Ihres Erachtens fielen diese Kosten zu 100 % an das Land.

Frau Scholz gibt zu bedenken, falls es sich um Leistungen nach SGB VIII handle, müsse die Kommune die Leistungen in vollständiger Höhe erbringen. Ob sich Bund oder Land in dem Fall von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beteiligen, wisse sie nicht. Näheres könne nur Herr Lippmann beantworten.

Nach der Erinnerung von **Frau Winkler** sehe der Gesetzentwurf auch Finanzströme vor. Dies sei aber noch nicht im Detail geklärt. Sie stellt an dieser Stelle klar, dass das Asylverfahren erst mit der Volljährigkeit dieser Flüchtlinge beginnen könne.

Die Mitglieder tauschen sich zum weiteren Vorgehen aus.

Es besteht Einvernehmen, zur nächsten Sitzung am 6. Oktober 2015 zum Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ den Jugendamtsleiter, Herrn Lippmann, einzuladen.

Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber

Frau Scholz informiert, dass bis zum heutigen Tag 13 AGH mit einer Platzkapazität von 147 geschaffen worden seien. Im September kommen zwei weitere AGH mit insgesamt 24 Plätzen hinzu, sodass 171 Plätze zur Verfügung stehen. Ziel sei es, in diesem Jahr insgesamt 200 AGH für Asylsuchende zu schaffen. Die AGH umfassen Hauswirtschaftshelfer, Schlosser, Mechaniker, Erhaltung und Pflege von Außenanlagen, Textilhilfe, Sozialkaufhaus, Möbeldienst, Naturschutz, Erhalt des Matthäusfriedhofes, floristische Gestaltung, Pflege und Erhalt der Galopprennbahn und interkulturelles Basteln. Dies sei ein freiwilliges Angebot, obwohl das AsylbLG auch die Möglichkeit vorsehe, die Personen zwangsweise in die AGH zu integrieren. Die AGH seien mit Erwerb von umgangssprachlichen Deutschkenntnissen gekoppelt.

Das Sozialamt strebe einen Kooperationsvertrag mit dem freien Trägerverbund für öffentlich geförderte Arbeit der Landeshauptstadt Dresden an, wo analog des SGB II Rahmenbedingungen vereinbart werden, um künftig AGH laut § 5 AsylbLG zu schaffen.

Herr Dr. Mamedow bemerkt, dass er aus seiner Beratungstätigkeit davon Kenntnis habe, dass die AGH für Asylbewerber keinesfalls freiwillig seien. In den Bescheiden für die AGH würde auf die Sanktionsmöglichkeiten hingewiesen, wenn die AGH nicht angetreten werden.

Frau Winkler bestätigt das. Sie wisse von erfolgten Sanktionen, die im Gesetz nicht konkret geregelt seien, sodass für die Verwaltung Ermessen bestehe. Zu diesem Thema sieht sie Gesprächsbedarf. Sie habe bereits einen Termin im Sozialamt erbeten.

Frau Scholz betont, dass auf Freiwilligkeit gesetzt werde. Gleichwohl weise der Bescheid über die Zuweisung die Möglichkeit der Leistungseinschränkung aus, was dem Gesetz entspreche. Die Höhe der Leistungseinschränkung sei nicht definiert. Sie bittet, ihr die konkreten Fälle zu benennen, um den Sachverhalt prüfen zu können.

2. Informationen des Beiratsvorsitzenden

Situation in der Zeltstadt (Dresdner Erstaufnahmeeinrichtung)

Herr Dr. Jinah habe das Zeltlager besucht. Die Lage sei schlimm. Er habe deswegen Landesdirektion Dresden und das Sächsische Innenministerium kontaktiert und sie gebeten, zur heutigen Sitzung zu kommen. Leider habe er keine Rückmeldung erhalten.

Nach kurzer Erörterung der Thematik wird aus der Beiratsmitte vorgeschlagen, den Sächsischen Staatsminister des Innern, Herrn Ulbig, zum Thema „Situation der Asylsuchenden und Flüchtlinge in Dresden“ einzuladen. Dem Vorschlag stimmt der Beirat einvernehmlich zu.

Anfrage zur Unterstützung durch den Integrations- und Ausländerbeirat

Herr Dr. Jinah berichtet, dass der Integrations- und Ausländerbeirat angefragt worden sei, ob er offiziell als Partner an einem Theaterprojekt über Flüchtlinge teilnehmen wolle. Der ehemalige Vorsitzende, Marc Lalonde, sowie Emiliano Chaimite, als ehemaliges Mitglied, und auch er selbst haben sich bereits zur Mitarbeit bereit erklärt. Das Projekt sei eine gute Möglichkeit, den Dresdnerinnen und Dresdnern politisch und kulturell dieses brisante Thema vorzustellen. Um Vorurteile abzubauen, zeige das Projekt u. a. den langen und gefährlichen Weg nach Europa, den die meisten zuerst überleben müssen. Da einige Flüchtlinge auch mitmachen sollen, sei das eine Chance, sie besser zu integrieren und mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Das Stück heiße „Misere Europa“. Anliegen sei es, mit einer szenischen Collage über Missstände europäischer Kulturgeschichte und Politik in die Öffentlichkeit zu treten und mit künstlerischen Mitteln zu hinterfragen, wie dünn der Decke der sogenannten Zivilisation eigentlich sei. Das Projekt werde von Schauspielerin und Regisseurin, Andrea Rump, professionell geleitet und solle an verschiedenen Orten in und um Dresden (Kirchen, Theatern und Schulen) gezeigt werden. Die Premiere finde am 24.10.2015 im Theaterhaus „Rudí“ statt.

Der Beirat sei angefragt, das Projekt finanziell zu unterstützen und es außerdem für seine Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen, um sich für dieses wichtige Thema in Dresden einzusetzen.

Herr Maks gibt hinsichtlich der Unterstützung zu bedenken, dass der Beirat inhaltlich breiter aufgestellt sei, weshalb er sich nicht allein für dieses Thema einsetzen sollte. Deswegen spricht er dagegen, diese Partnerschaft einzugehen.

Herr Dr. Tsoglin spricht ebenfalls dagegen. Er kenne die professionelle Arbeit von Frau Rump. Jedoch bemängelt er die knappen Informationen, was der Beirat mit seiner Partnerschaft unterstützen solle. Deshalb möchte er inhaltlich auch mehr über das Theaterprojekt erfahren.

Herr Stadtrat Dr. Reuther hält es für sinnvoll, wenn einem Beschluss eine schriftliche Information zugrunde liege. Wenn der Beirat das Projekt unterstützen wolle, müsse in dem Beschluss auch die Höhe der finanziellen Unterstützung enthalten sein. Das habe er den Worten nicht konkret entnehmen können. Er schlägt vor, das Thema aufzubereiten und in der nächsten Sitzung nochmals aufzurufen.

Auch **Frau Siebeneicher** rät, dem Beirat eine Projektbeschreibung zur Verfügung zu stellen und es in der nächsten Sitzung noch einmal zu thematisieren. Das Gremium wolle interkulturelle Begegnungen unterstützen. Gerade im kreativen Bereich sei es schwer, solche Projekte zu realisieren.

In der Erörterung des Beirates wird festgestellt, dass eine finanzielle Unterstützung Dritter aus dem Budget des Beirates nicht möglich sei.

Herr Dr. Jinah zieht das Thema daraufhin zurück.

Finanzbudget des Integrations- und Ausländerbeirat

Herr Dr. Jinah teilt auf Nachfrage von Herrn Maks mit, dass bisher noch keine Übergabe des ehemaligen Vorsitzenden an ihn stattgefunden habe. Inwieweit das Budget bereits in Anspruch genommen worden sei, könne er deshalb nicht sagen.

Herr Maks spricht in diesem Zusammenhang die Visitenkarten für die Mitglieder des Beirates an. Auf Veranstaltungen sei er bereits mehrfach gefragt worden, ob er sich ausweisen könne oder eine Visitenkarte habe.

Herr Dr. Mamedow betont, dass der aktuelle Bestand des Beiratsbudgets von Interesse sei, um festzulegen, wie es ausgegeben werde. Auch sei von Interesse, was bereits ausgegeben worden sei.

Frau Domingo vertritt dieselbe Auffassung.

Herr Dr. Jinah hält folgende Festlegung fest:

1. Der Integrations- und Ausländerbeirat bittet die Verwaltung kurzfristig um
 - a) eine Aufstellung des aktuell noch zur Verfügung stehenden Beiratsbudgets sowie
 - b) eine detaillierte Aufstellung der Verwendung des bisher verbrauchten Beiratsbudgets.

Zuständig: Büro der Oberbürgermeisterin

Des Weiteren betont **Herr Dr. Jinah**, dass der Druck eines Flyers des Ausländerbeirates sowie Visitenkarten für die Mitglieder des Ausländerbeirates zeitnah angegangen werden müsse.

Interkulturelle Tage 2015

Herr Dr. Jinah informiert, dass es wichtig sei, beim Straßenfest einen Stand des Ausländerbeirates zu errichten. Dazu müsse ein Zeitplan erstellt werden, damit der Stand durchgehend von den Beiratsmitgliedern betreut sei, die dann auch für Gespräche zur Verfügung stehen.

Er kommt dazu noch auf die Mitglieder zu.

Gespräche mit Mitgliedern mit Migrationshintergrund

Herr Dr. Jinah möchte als Beiratsvorsitzender mit den Mitgliedern mit Migrationshintergrund Einzelgespräche führen. Dazu werde er eine Doodle-Liste erstellen, wo die Mitglieder eintragen, welchen Termin sie wahrnehmen werden.

Ihm sei die Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern besonders wichtig, weil er die Unterstützung der Mitglieder benötige. Allein könne er den Arbeitsumfang nicht bewältigen.

Klausur des Integrations- und Ausländerbeirates

Herr Dr. Jinah kündigt an, im Dezember 2015 an einem Freitag/Samstag eine Klausur zum Selbstverständnis und der Präsenz des Beirates durchzuführen. Dazu plane er, einen Referenten hinzuzuziehen. Ein weiteres Thema solle die Festlegung der Schwerpunkte der Beiratsarbeit in dieser Legislatur sein.

Sitzungsdisziplin - Bitten an die Mitglieder

Herr Dr. Jinah erinnert die Mitglieder, dass sie sich bitte bei ihm entschuldigen, wenn sie an der Beiratssitzung nicht teilnehmen können (siehe auch Geschäftsordnung des Stadtrates).

Ferner bittet er, während der Sitzung die bilateralen Gespräche auf einem Minimum zu halten und die Erteilung des Wortes durch den Vorsitzenden abzuwarten.

3. Informationen/Fragen der Mitglieder

Arbeitsgruppen des Integrations- und Ausländerbeirates

Herr Maks fragt nach der Erstellung einer Webseite des Beirates.

Frau Winkler informiert, dass der Beirat eine Seite auf www.dresden.de habe, die nur gefüllt werden müsste. Dafür müsste die Verantwortlichkeit festgelegt werden. Dabei weist sie darauf hin, dass die Landeshauptstadt Dresden keine Seiten außerhalb von www.dresden.de unterhalte.

Herr Maks möchte weiter wissen, welche Arbeitsgruppen existieren.

Herr Dr. Jinah erklärt, dass dies heute seine erste Sitzung als Vorsitzender sei. Daher bittet er, ihm Zeit zur Einarbeitung und zur schrittweisen Abarbeitung der offenen Punkte einzuräumen. Er möchte zunächst die Einzelgespräche führen. Auf dieser Basis werden dann die Arbeitsgruppen gebildet.

Facebook-Auftritt Integrations- und Ausländerbeirat

Zur Frage von **Herrn Rahman**, wer Facebook aktuell verwalte, informiert **Dr. Jinah**, dass dies noch in der Hand von Herrn Vincze liege. Er werde das Gespräch mit Herrn Vincze abwarten und plane, dass der Facebook-Auftritt künftig von ein bis zwei Mitgliedern verwaltet werde.

In dem Zusammenhang wirbt er um die Unterstützung aller Beiratsmitglieder. Er könne nicht alles allein machen. Gleichzeitig sei vieles zu regeln, sodass er um Verständnis wirbt, dass nicht alles gleichzeitig geregelt und angegangen werden könne.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass **Herr Dr. Jinah** die Sitzung schließt.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Angelika Malberg
Stadträtin

Tina Siebeneicher
Stadträtin